

EU-Wahl - Antrag 5

Antrag der BO Salzburg-Stadt an die Parteikonferenz

Die Parteikonferenz beschließt die Kandidatur bei den EU-Wahlen im Juni 2004 unter dem Namen Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) und nicht im Rahmen einer Europäischen Linkspartei kandidiert.

Begründung:

1. Die Wahlen zum EU-Parlament gelten mit Recht als "niederschwelliger" Wahlgang. Im Bewusstsein der meisten WählerInnen kommen ihnen weniger Bedeutung zu als einem innerösterreichischen Wahlgang. Umso sinnvoller erscheint es, den zahlreichen gegenüber der EU, ihrer geplanten Verfassung, ihrer Politik und ihren Institutionen kritisch gesinnten Nicht-KPÖ-WählerInnen eine Möglichkeit zu eröffnen, für sich persönlich erstmals ihre Reserviertheit gegenüber der KPÖ aufzugeben und ihr ihre Stimme zu geben. Dadurch wird vielen Menschen über eine eventuell individuell vorhandene, durch jahrzehntelange Verunglimpfung errichtete "Hemmschwelle" hinweggeholfen und im günstigen Fall das Bewusstsein für eine vorhandene, bisher nicht genützte politische Option auch in Österreich geweckt bzw. geschärft. Daher ist eine Kandidatur unter dem Namen "KPÖ" eine wichtige Hilfe für zukünftige politische Kämpfe.

2. Durch eine eigenständige Kandidatur der KPÖ zu den Wahlen zum neuen "europäischen Parlament" ergibt sich die Möglichkeit, über die imperialistischen, antidemokratischen und sozialreaktionären Zielsetzungen der EU aufzuklären und an der Sammlung und Zusammenführung von Gegenkräften mitzuwirken. Wir, die KPÖ, lehnen wie auch andere demokratische Initiativen und Friedensorganisationen den EU-Verfassungsentwurf rundweg ab. Dies ganz im Unterschied zu den gegenwärtig im EU-Parlament sitzenden VertreterInnen österreichischer Parteien. Die KPÖ ist die einzige österreichische Partei, die unzweideutig NEIN sagt

- zur Beteiligung Österreichs an der Euro-Armee,
- zur Mitgliedschaft Österreichs in der NATO-"Partnerschaft für den Frieden",
- zu einem Nato- und WEU-Beitritt Österreichs,
- zu Militarisation, Kriegstreiberei und Rüstungswahn.

Die KPÖ sagt JA

- zur Internationalisierung der vielfältigen demokratischen Bewegungen und Klassenkämpfe zur Verteidigung der demokratischen und sozialen Rechte der Werktätigen, der Frauen, der Jugend, der PensionistInnen in Europa und darüber hinaus.

Diesen Zielen steht eine Beteiligung der KPÖ an dem Projekt einer "Partei der europäischen Linken" diametral entgegen. Dies bringt schon das Gründungsdokument zum Ausdruck. Entgegen dem klar zutage tretenden imperialistischen, reaktionären Klassencharakter der EU, wird diese bewusst mit der illusionären Erwartung verknüpft, aus ihrem "Inneren" heraus einen "strategischen" Gegenpol gegen "transatlantische Weltherrschaft" zu schaffen. Ein solches Projekt kann nur Ausdruck des unlösbaren Widerspruchs zwischen hohlen Phrasen von einer "sozial gerechten und friedlichen Entwicklung" innerhalb der EU einerseits, einer faktischen Öffnung gegenüber den imperialistischen Zielen "EU-Europas"